

Antrag Nr. 24-F-63-0009

Grüne, SPD, Linke, Volt

Betreff:

Situation der Migrationsberatungsdienste in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 06.02.2024 -

Antragstext:

In einem Brief vom 19. Oktober 2023 an alle Oberbürgermeister*innen und Landrät*innen in Hessen sowie an die Fraktionen im Hessischen Landtag hat die „Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.“ auf die schwierige Situation der Träger der bundesgeförderten Migrationsberatungsdienste (MBE) aufmerksam gemacht. Neben den geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt, stellt vor allem die neue Förderrichtlinie, die zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, die Träger vor enorme Herausforderungen. Künftig müssen die Träger nicht nur einen Eigenanteil von mindestens 10% an den förderfähigen Gesamtausgaben erbringen, sondern durch die neu eingeführte Deckelung der Personalkostenpauschale auch für etwaige Personalmehrkosten, die etwa für erfahrenes Bestandspersonal anfallen, selbst aufkommen.

Die Liga spricht deswegen von einem „realen“ Eigenanteil von bis zu 30%, der ab dem Förderjahr 2024 von den Trägern zu erbringen sein wird.

In der Landeshauptstadt Wiesbaden hat die Veröffentlichung der neuen Förderrichtlinie des Bundesinnenministeriums bereits zum Rückzug eines Trägers, der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wiesbaden e.V., aus dem Tätigkeitsfeld der Migrationsberatung zur Folge gehabt. Somit sind in Wiesbaden mit Ablauf des Jahres 2023 drei Vollzeitstellen der Migrationsberatung weggefallen, womit den Berechnungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu Folge hier bereits jetzt eine Unterversorgung der Ratsuchenden vorherrscht.

Auch die verbleibenden MBE-Träger, der Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V., das Diakonische Werk Wiesbaden sowie der Bund der Vertriebenen LV Hessen e.V. äußern angesichts der finanziellen Mehrbelastung Sorge darüber, ob sie die MBE künftig als Beratungsfeld erhalten können.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zur nächsten Ausschusssitzung die Vertreter*innen der verbliebenen Migrationsberatungsdienste in Wiesbaden einzuladen. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, über Ihre Arbeit und die aktuelle Situation zu berichten.

Antrag Nr. 24-F-63-0009
Grüne, SPD, Linke, Volt

Wiesbaden, 06.02.2024

Karl Braun
Fachsprecher, B90/Grüne

Susanne Hoffmann-Fessner
Fachsprecherin, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, Die Linke

Janine Maria Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Linda Marschall
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin, SPD

Jasper Klos
Fraktionsreferent, Die Linke

Simone Winkelmann
Fraktionsreferentin, Volt